

zum Kreistag am 27.07.2015, TOP 6

Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstermin veröffentlichen.

Landkreis Ebersberg

Az. F 2 / HH 2016 / Eckwerte

Ebersberg, 15.07.2015

Zuständig: Brigitte Keller, ☎ 08092-823-211

Vorgesehene Beratungsreihenfolge

Kreis- und Strategieausschuss am 13.07.2015, Ö

Kreistag am 27.07.2015, Ö

Haushalt 2016; Finanzrahmen für die Fachausschüsse (Eckwerte)

Sitzungsvorlage 2014/2295

I. Sachverhalt:

Präambel:

Mit den heutigen Beratungen über die Eckwerte 2016 stellt der Kreistag die Weichen für die Haushaltsplanung des nächsten Jahres. Der Kreistag hat sich im Dezember 2012 Leitlinien gegeben. Sie sind der künftige Rahmen einer soliden und dennoch auf die Anforderungen der Zukunft ausgerichteten Finanzpolitik des Kreistages. Der kommende Haushalt soll die Weichen stellen, damit auch in Zukunft Investitionen geleistet werden können. Die Leitlinien stellen sicher, dass auch künftige Generationen handlungsfähig bleiben und politische Gestaltungsspielräume behalten. Die Leitlinien stellen genauso sicher, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit einer übermäßigen Abgabenbelastung aus der Kreisumlage nicht überfordert werden.

Die Finanzleitlinie des Kreistages, die einstimmig verabschiedet wurde, setzt die folgenden fünf Eckpunkte für den Kreishaushalt:

1. Langfristiger Abbau der Verschuldung, d.h. bis 2035 beträgt die Verschuldung höchstens 20 % des Gesamtbetrags der Aufwendungen.
2. Der jährliche Ergebnisüberschuss beträgt mindestens 4 % der Verschuldung, mindestens jedoch 2 Mio €.
3. Der Schuldendienst (Zins und Tilgung) darf nicht mehr als 6,8 Mio € betragen.
4. Der Schuldenstand darf 65 % des Gesamtbetrags der jährlichen Aufwendungen des Ergebnishaushalts nicht überschreiten.
5. Bei Investitionen dürfen höchstens 75 % der Nettoaufwendungen über Darlehen finanziert werden.

Diese Eckpunkte sind handlungsleitend für die Finanzpolitik des Landkreises. Keiner dieser fünf Eckpunkte läuft derzeit Gefahr überschritten zu werden. Die nachfolgenden Überlegungen zur Festsetzung der Eckwerte 2016 berücksichtigen dies.

1. Vorbemerkung Investitionen:

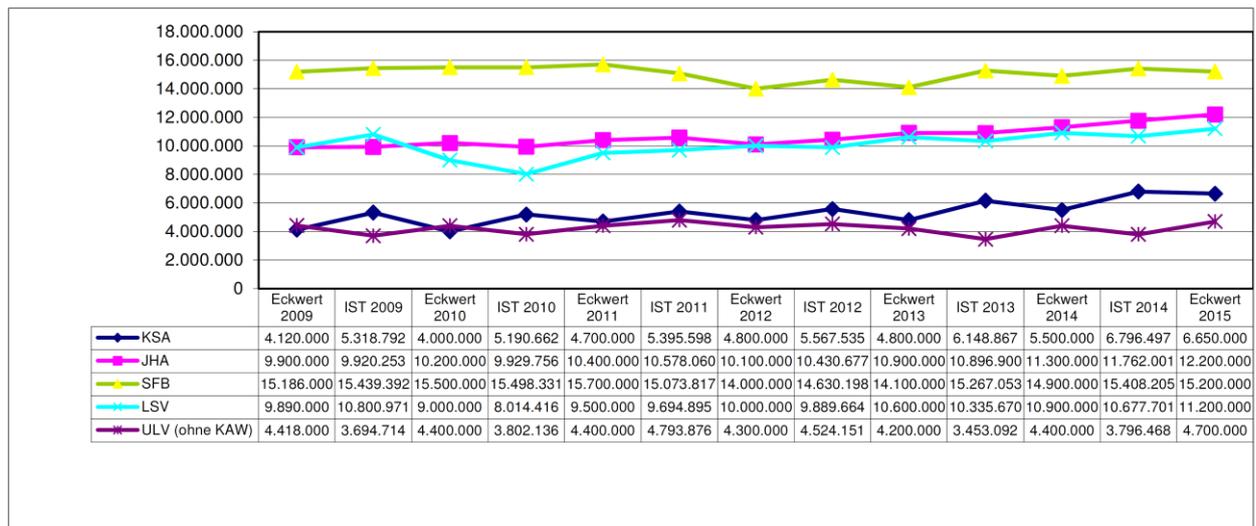
Bezüglich der **Investitionen** ist festgelegt, alle Investitionen die **neu** und größer als 200.000 € sind, auf die **Warteliste** zu setzen. Alle Investitionen der Warteliste werden dem Kreis- und Strategiausschuss am 12. Oktober 2015 und dem Kreistag am 26. Oktober 2015 vorgelegt. Dort wird entschieden, welche Investitionen in die Haushalts- und Finanzplanung 2016 ff aufgenommen werden. Dieses Verfahren hat den Vorteil, dass nicht die Investitionen die „am ersten genannt werden“ sondern alle Investitionen auf Dringlichkeit geprüft werden können und damit nach ihrer Priorität in den Kreishaushalt einfließen.

Hinweis zu den Investitionen: Die planmäßige Verschuldung sollte sich – ausgehend vom Jahr 2012 auf rd. 78 Mio € erhöhen. Weil 2013 aber 7 Mio € weniger Kredite aufgenommen wurden als geplant und 2014 auf eine Kreditaufnahme komplett verzichtet werden konnte, wurde die Prognose im Haushalt 2015 auf einen Höchststand der Verschuldung in Höhe von 59,5 Mio € nach unten korrigiert.

2. Entwicklung der Eckwerte aus den Vorjahren:

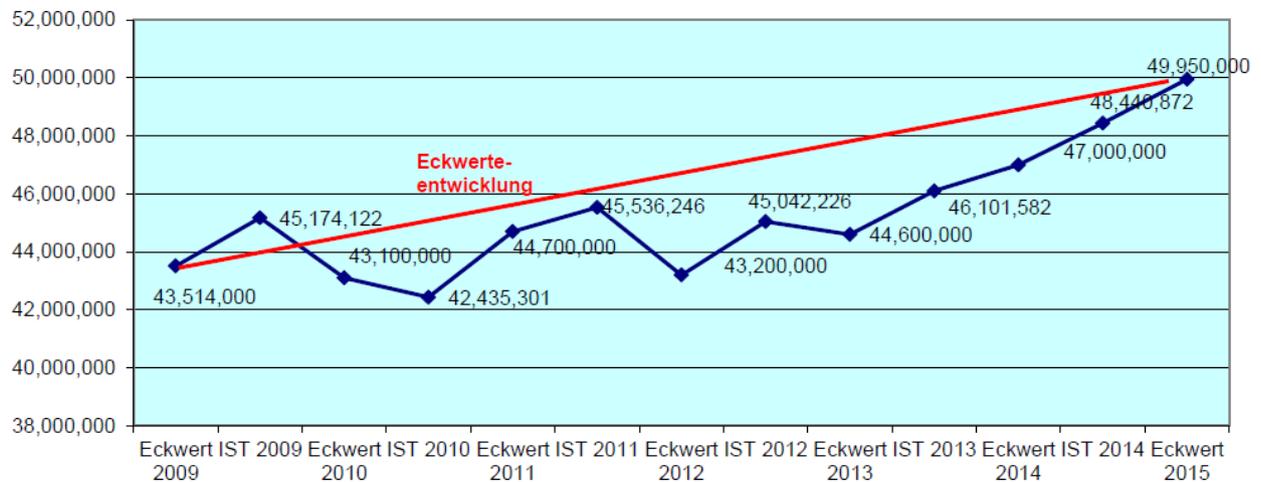
Mit den Beratungen im Kreis- und Strategiausschuss am 13.07.2015 startet die Haushaltsplanung 2016 mit der Finanzplanung bis 2019. Über die Eckwerte wird in einem frühen Planungsstadium, nämlich vor Beginn der Planungsphase der Sachgebiete, versucht den Planungsprozess zu steuern.

Rückblickend auf die Vorjahre stellt sich dieser Prozess im Vergleich von Eckwerteplanung zu tatsächlichen IST-Ergebnissen wie folgt dar:



Resümieren kann man aus dieser Aufstellung, dass es zwar Abweichungen zwischen den Eckwerten und den IST-Ergebnissen gibt, dass es aber durchaus möglich ist, über die Eckwerte eine Richtung vorzugeben.

Die Entwicklung der **Summe der Teilbudgets (Summe der Eckwerte)** stellt sich wie folgt dar:



Die Eckwerte stiegen von 2009 bis 2015, also innerhalb eines Zeitraumes von 7 Jahren insgesamt um 6.436.000 €, das sind 14,8 % in 7 Jahren bzw. **2,1 % pro Jahr im Durchschnitt**. Daraus wird deutlich, dass Eckwerte eine „bremsende“ Funktion auf die ihr folgende Haushaltsplanung ausüben.

Im gleichen Zeitraum, also in den letzten 7 Jahren, stiegen die Einnahmen aus der Kreisumlage um 16,7 % (9,6 Mio €). Die Ausgaben für die Bezirksumlage stiegen im gleichen Zeitraum um 3,8 Mio € bzw. 17,4 %. Weil die Bezirksumlage direkt aus der Kreisumlage weitergeleitet werden muss, blieb unter dem Strich von der Steigerung der Kreisumlage in den letzten 7 Jahren gerade mal ein Betrag in Höhe von 5,8 Mio € zur eigenen Aufgabenerfüllung zur Verfügung, das sind pro Jahr 828.000 €.

Die Kreisumlage liegt um 1,0 Punkte unter der des Jahres 2009. Der Landkreis hatte 2012 in Oberbayern die sechsniedrigste Kreisumlage, 2009 standen wir noch auf Platz 14. 2015 liegen wir auf Platz 9 in Oberbayern und damit im Mittelfeld. Der Hebesatz der Kreisumlage wurde 2015 gegenüber dem Vorjahr um einen halben Punkt reduziert und beträgt 51,0 Punkte.

Diese Entwicklung zeigt, dass sich das seit 2009 praktizierte Verfahren der Eckwertesteuerung sehr positiv im Hinblick auf die Entwicklung der Finanzen ausgewirkt hat.

3. Eckwerteverfahren 2016 – Vorbereitungen der Verwaltung:

Nachfolgend werden die Schritte dargestellt die zum Eckwertevorschlag führen:

- Die Sachgebiete geben zum 31.5. eine Prognose des Jahresergebnisses ab (sog. Zwischenbericht).
- In diesem Zwischenbericht schätzen die Sachgebiete die benötigte Finanzmasse des folgenden Jahres unter Einbeziehung aller Kenntnisse, die sie zu diesem Zeitpunkt,

also Anfang Juni haben, ein.

- Das Finanzmanagement bewertet die Einschätzungen der Sachgebiete aus der eigenen Erfahrung, also der Entwicklung der Vorjahre, die Treffsicherheit der Prognosen der Vorjahre und aus der Gesamtsituation des Haushalts.
- Daraus entsteht diese Sitzungsvorlage.

Am 06.10.2014, TOP 16 wurde im Kreis- und Strategieausschuss auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.08.2014 folgender Beschluss gefasst:

Zu den Eckwerteberatungen stehen künftig auch die verantwortlichen Mitarbeiter des Landratsamtes auf Anforderung von Mitgliedern des Kreistags für Fragen zur Verfügung. Bei den Beratungen zu den Eckwerten des Teilbudgets des Jugendhilfeausschusses sowie des LSV-Ausschusses werden die zuständigen Sachgebiets- und Abteilungsleiter von Beginn des Tagesordnungspunktes an hinzugezogen.

Die Sachgebiets- und Abteilungsleitungen für Liegenschaften und Jugendamt werden entsprechend informiert und um Anwesenheit gebeten.

4. Eckwerte 2016 (Finanzrahmen für die Fachausschüsse):

Zum Begriff des Eckwertes: Der Eckwert gibt jedem Fachausschuss einen Finanzrahmen vor, ihn auszufüllen, obliegt dem Fachausschuss.

4.1. Entwicklung der Umlagekraft (Kreisumlage, Bezirksumlage) – Planungsgrundlagen für 2016

Die Verwaltung hat die Umlagekraft des Landkreises für 2016 vorausberechnet, eine genaue Berechnung wird vom Bayer. Statistischen Landesamt erst im Oktober vorgelegt. Die Genauigkeit dieser Vorausberechnungen lag in den Vorjahren bei etwa 1% Abweichung. Nachdem sich die Schlüsselzahlen zur Verteilung der Einkommensteuer 2016 nicht ändern, ist das Risiko einer Fehleinschätzung in diesem Jahr geringer.

Entwicklung der **Kreisumlage**:

	Tatsächlicher Wert eines Punktes	Vorausschätzung der Verwaltung im April	Abweichung Schätzung – tatsächl. Festsetzung
2009	1.102.588	noch nicht erfolgt	
2010	1.226.520	1.216.045	10.473 € bzw. 0,86 %
2011	1.182.075	1.176.437	5.620 € bzw. 0,48 %
2012	1.109.379	1.154.337	44.958 € bzw. 4,05 %
2013	1.216.238	EK + 1 %: 1.194.042 EK + 5 %: 1.219.957	genau im geschätzten Korridor
2014	1.326.374	EK + 2 %: 1.282.243 EK + 5 %: 1.302.542	23.832 über dem geschätzten Korridor
2015	1.312.561	EK + 6 %: 1.260.574 EK + 8 %: 1.274.236	38.325 über dem geschätzten Korridor
2016	wird voraussichtlich im Oktober mitgeteilt	EK + 2 %: 1.409.578 EK + 4 %: 1.425.337	

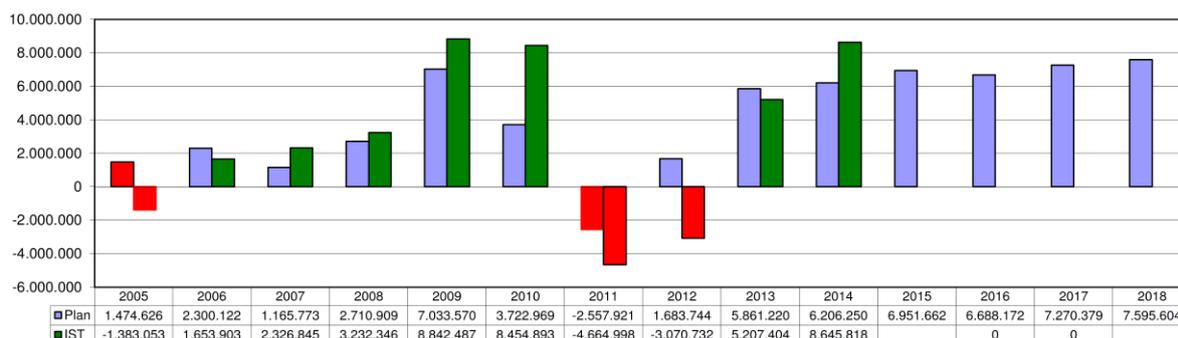
2016 hat das Finanzmanagement (wie im Vorjahr) mit zwei Optionen bei der einzigen „Unbekannten“, der Einkommenssteuer, gerechnet. Auf der Basis von 51,0 Punkten Kreisumlage ist **mit einer höheren Kreisumlage zwischen 4,9 Mio € und 5,7 Mio €** zu rechnen.

Zur Bezirksumlagenentwicklung gibt es derzeit keine Informationen. Ein erstes Gespräch mit dem Bezirkstagspräsidenten findet im Juli statt. Wegen der Umlagekraftsteigerung geht das Finanzmanagement davon aus, dass das Risiko einer Anhebung der Bezirksumlage nicht unbedingt die Folge sein muss. Bei unveränderter Bezirksumlage rechnet der Landkreis derzeit mit einer **Mehrbelastung von 1,9 Mio € bis 2,2 Mio €**.

Nach dem kleinen Umlagekrafteinbruch im Jahr 2015 (minus 1,04 %) wird dem Landkreis 2016 wieder mehr Geld zur Verfügung stehen und zwar zwischen 3,0 Mio € und 3,5 Mio €, je nach Berechnungsmethode und bereits unter Berücksichtigung der Bezirksumlage.

Die vorausschauende antizyklische Fiskalpolitik des Kreistages wird in der nachfolgenden Grafik sichtbar. Genau zum Zeitpunkt des Höhepunktes der Finanzkrise des Jahres 2009 (Zeitverzug beim Landkreis bezüglich der Auswirkungen: 2 Jahre) und schlechter Steuereinnahmen der Gemeinden ist der Landkreis in eine Defizitfinanzierung gegangen. Angesichts der hohen Investitionstätigkeit – und nur deshalb – ist er jetzt aber gezwungen wieder deutliche Ergebnisüberschüsse für die eigene Investitionstätigkeit zu erwirtschaften.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht dies:

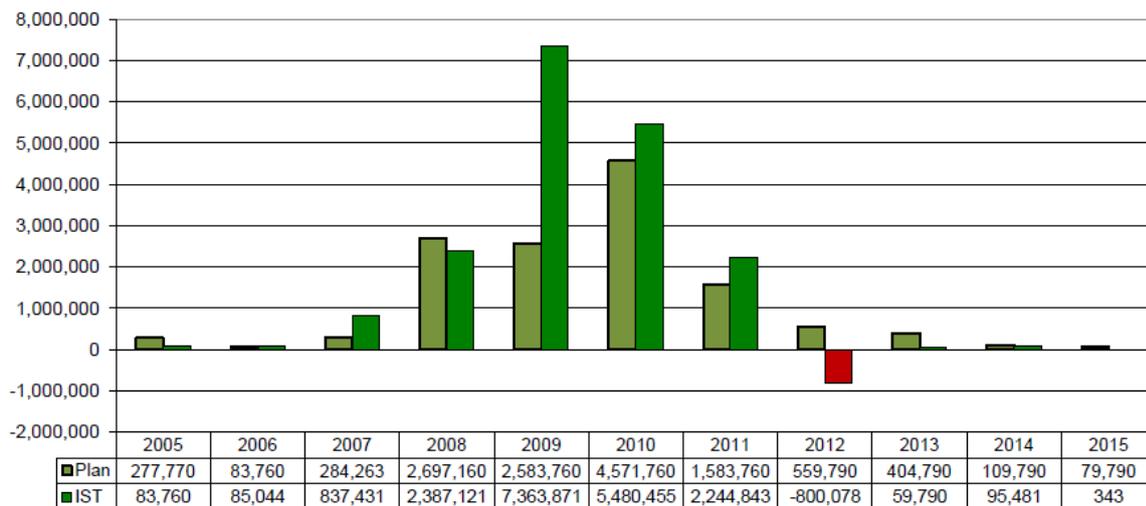


2005, 2011 und 2012 wurden Ergebnisdefizite erwirtschaftet. Seit 2013 wurden wieder durchgängig deutliche Ergebnisüberschüsse erwirtschaftet. Im Ergebnis konnten die Kreditaufnahmen hinter den Ermächtigungen zurückbleiben. Die Verschuldung entwickelte sich spürbar abgemildert.

Das Finanzmanagement rät auch für 2016 dringend zu deutlichen Ergebnisüberschüssen zur Stabilisierung der Gesamtsituation der Kreisfinanzen und zur Sicherstellung der Einhaltung der vom Kreistag beschlossenen Finanzleitlinie.

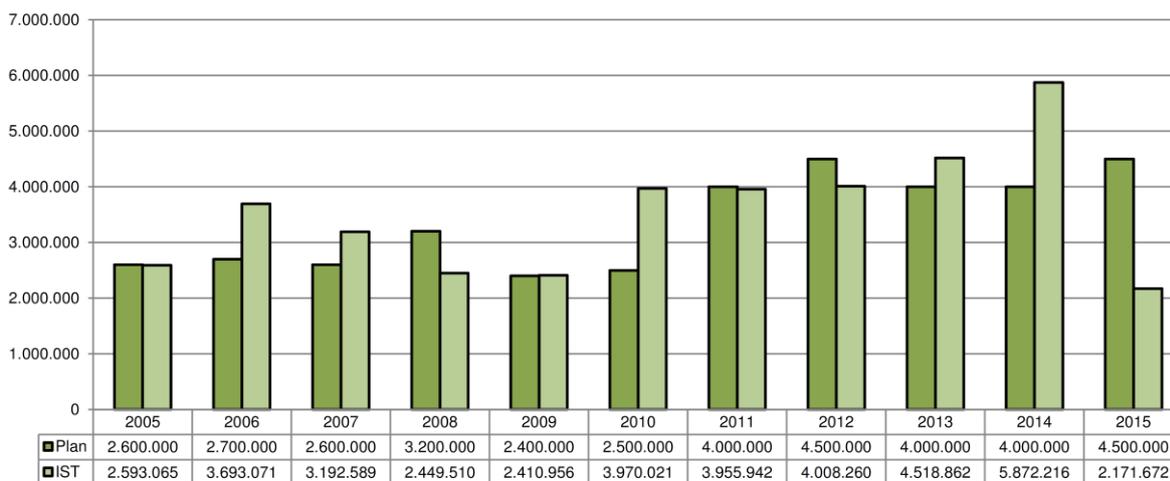
4.2. Steuern (Grund-, Gewerbe-, Grunderwerbssteuer) – Planungsgrundlagen für 2016

Die **Steuern** (Grund- und Gewerbesteuer) des Landkreises haben sich wie folgt entwickelt:



Hier erkennt man, dass die Steuern in erheblichem Maße für die positiven Überschüsse der Jahre 2009 und 2010 verantwortlich waren. 2012 führte eine Gewerbesteuerrückzahlung dazu, dass das Landkreisergebnis „verhagelt“ wurde. Seit 2013 spielen diese Erträge im Kreishaushalt eine untergeordnete Rolle. Voraussichtlich wird sich dies auch 2016 nicht ändern, so dass hier von keiner Planveränderung zum Vorjahr ausgegangen wird.

Die **Grunderwerbssteuer** hat sich wie folgt entwickelt:



Die Grunderwerbssteuer liegt zum Stand Juni 2015 um rund 981.000 € **unter** dem gleichen Stand des Vorjahres. Der Planansatz wurde aber um 500.000 € erhöht. Die Planeinhaltung wird schwierig werden.

5. Gesamtentwicklung des aktuellen Haushalts 2015

Der Haushalt 2015 entwickelt sich in einigen Budgets abweichend. Das Teilbudget des Jugendhilfeausschusses wird nach den Analysen um **200.000 € überschritten** werden und auch im Teilbudget des SFB-Ausschusses wird eine **Überschreitung von 110.000 €** prognostiziert. Das Teilbudget des LSV-Ausschusses kann eingehalten werden. Die Teilbudgets des KSA und des ULV sind noch nicht ausgewertet. Bei der Grunderwerbssteuer klafft ein **„Loch“ von rund 1,4 Mio €**. Über den Verbleib der über die Planung hinausgehenden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1,7 Mio € wird erst zum Jahresende hin entschieden. Insgesamt ist ein

Überschreiten der Teilbudgets zu erwarten. Der Ergebnisausgleich kann gelingen, wird aber schwieriger werden als im Vorjahr. Dabei wird angenommen, dass die über der Planung liegenden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 1,7 Mio € nicht im Kreishaushalt verbleiben.

6. Zusammenfassung und Abwägung:

Die vorstehenden Ausführungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Kreisumlage	zwischen 4,9 Mio € und 5,7 Mio € mehr	Je nach Steigerung der Einkommenssteuer
Bezirksumlage	1,9 Mio € bis 2,2 Mio € mehr	Auf der Basis einer unveränderten Bezirksumlage
Steuern	500.000 € weniger	Rückgang der Grunderwerbssteuer
Schlüsselzuweisungen	Anstieg	Unsicherheitsfaktor, kann derzeit noch nicht berechnet werden. Sie werden aber voraussichtlich steigen, weil der Freistaat die Schlüsselmasse erhöht

Wegen der steigenden Umlagekraft geht das Finanzmanagement davon aus, dass sich die verfügbare Finanzmasse bei unveränderter Kreisumlage und unveränderter Bezirksumlage **bis zu 3 Mio € steigend** entwickeln wird.

Das Hauptproblem, das der Kreishaushalt 2016 bekommt, sind – wie im Vorjahr - die ansteigenden Bedarfe in den Teilbudgets. Die Eckwerte müssen teilweise wieder deutlich angehoben werden.

Auf keinen Fall dürfen sie um mehr als 3 Mio € wachsen – denn dann ist eine Erhöhung der Kreisumlage im Jahr 2016 kaum zu vermeiden.

Das Problem mit der Verschuldung ist kleiner geworden. Dachte man noch vor 3 Jahren, dass sich der Kreishaushalt bis 78 Mio € verschulden wird, kann diese Prognose aus heutiger Sicht auf 59,5 Mio € gesenkt werden. Von der Kreditermächtigung dieses Jahres in Höhe von 10 Mio € wurden bereits 6 Mio € realisiert.

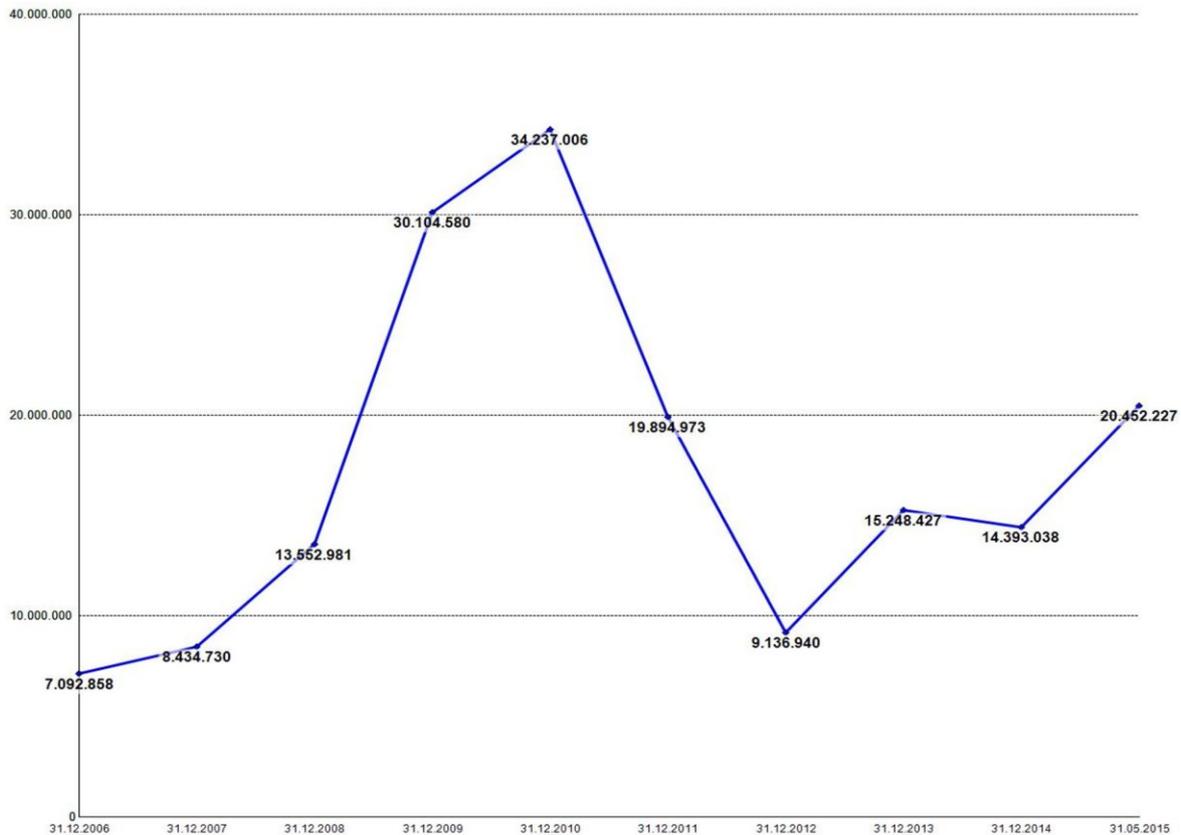
Durch die positive Entwicklung bei der Verschuldung läuft der Kreishaushalt auch 2016 nicht Gefahr die Finanzleitlinie zu verletzen. Allerdings muss nach der Finanzleitlinie der Ergebnisüberschuss mindestens 4 % der Verschuldung zum Stichtag 1.1. des Vorjahres betragen, das wären derzeit 2,38 Mio €.

Schon heute ist klar, dass die Beschlusslage des Kreistages, ab 2016 keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, **mit Sicherheit nicht** gelingen wird. Der Landkreis wird auch in den nächsten Jahren auf Kreditaufnahmen angewiesen sein.

Das Finanzmanagement empfiehlt einen Ergebnisüberschuss in Höhe von 6 - 7 Mio € - das liegt dann auf der Höhe des Vorjahres, eröffnet aber nur im Umfang von 3 Mio €

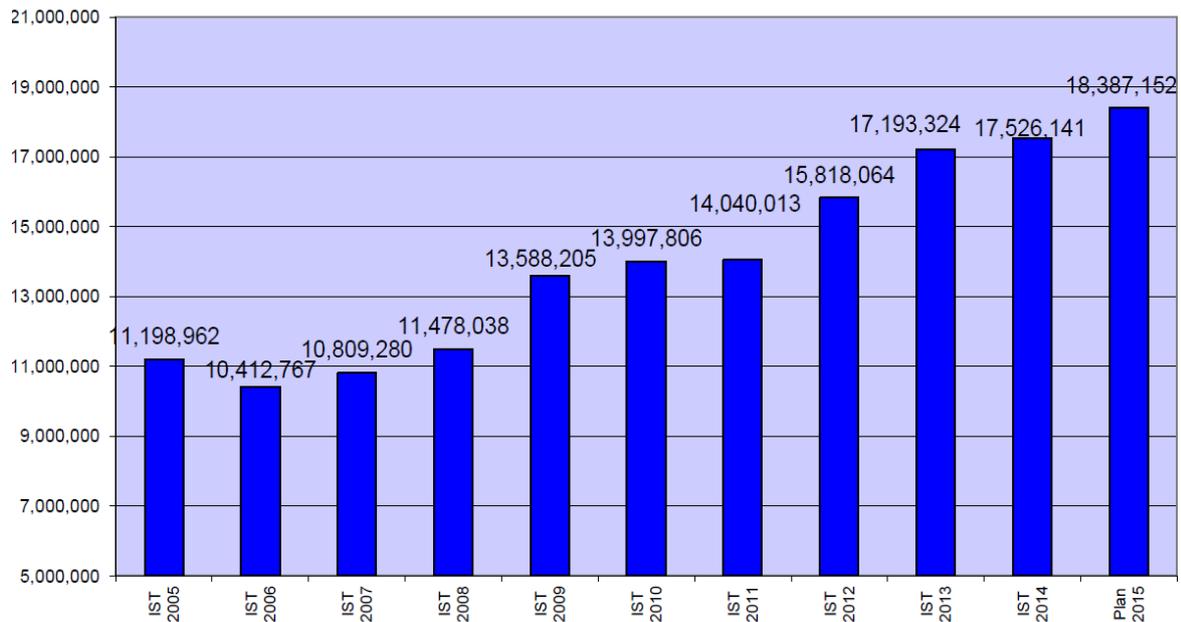
die Möglichkeit, die Teilbudgets anzuheben. Wenn diese Prämissen eingehalten werden ist eine Erhöhung der Kreisumlage nicht zu befürchten.

Nachfolgend die Entwicklung der Liquidität:



Ende des Jahres 2012 verfügte der Landkreis über keine Liquiditätsreserven mehr. Kurzfristig mussten die Mittel der Kommunalen Abfallwirtschaft herangezogen werden. Im April 2015 musste ein Kredit über 6 Mio € aufgenommen werden. Die Liquidität zeigt sich seither aber deutlich verbessert.

7. Personalkostenentwicklung:



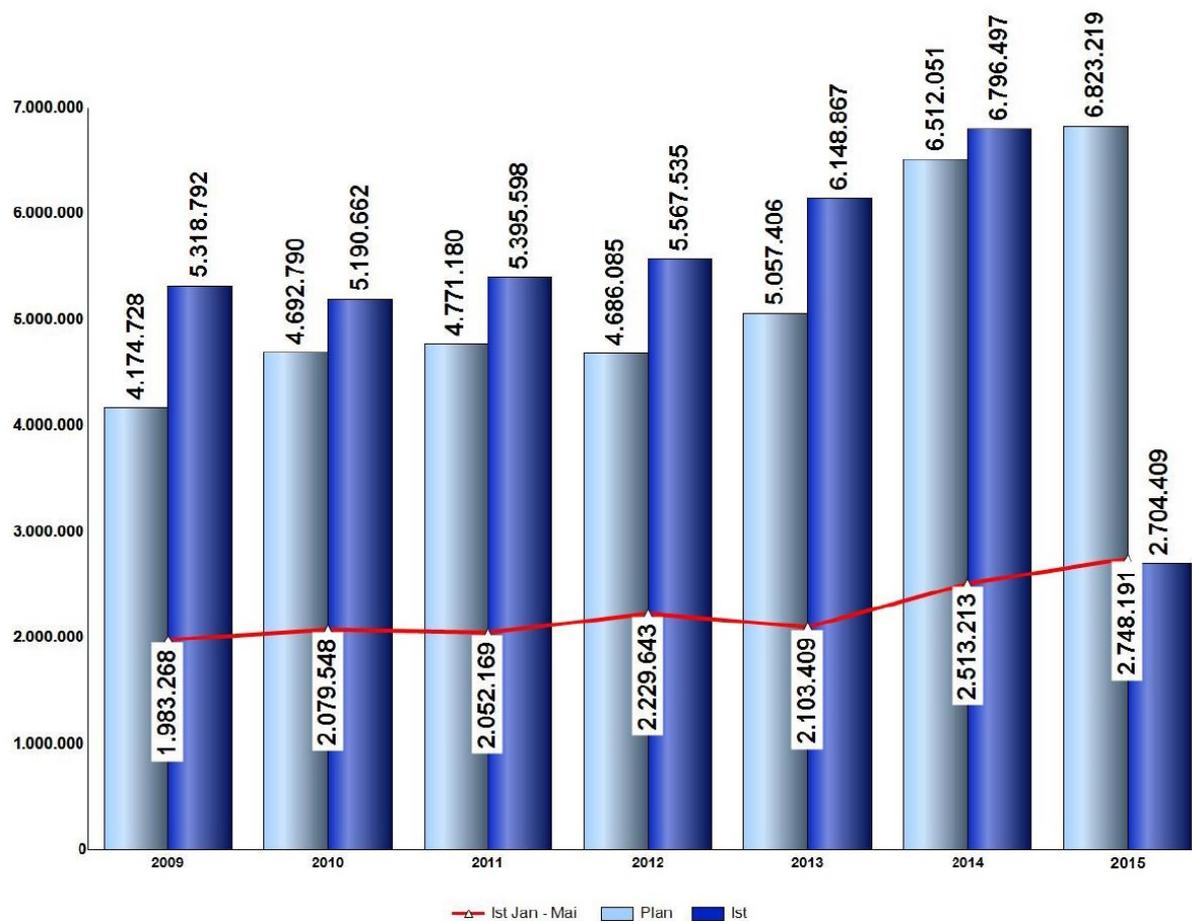
Die Personalaufwendungen wurden 2015 mit 18,3 Mio € geplant. Diese Planung wird nach den derzeitigen Hochrechnungen auch unter Berücksichtigung der zu bildenden Rückstellungen ausreichen. Der Planansatz ist deshalb so hoch, weil erstmals 734.000 € Pensionsrückstellungen geplant wurden.

Zusammen mit den einzuplanenden Tarifsteigerung für 2016 (+ 2,5 % bei den Beschäftigten ganzjährig, + 2,3 % bei den Beamten ab 01.03.2016) ist 2016 mit einem **Anstieg der Personalkosten um 860.000 €** auf 19,2 Mio € zu rechnen. Hierin sind „nur“ die Personalkosten für die bereits genehmigten Stellen enthalten. Eine Planung nach Stellenplan findet nicht statt.

Die Umsetzung erfolgt innerhalb der einzelnen Eckwerte in denen die Personalkosten enthalten sind. Sie wirken sich dort steigernd aus.

8. Eckwert Kreis- und Strategieausschuss (KSA):

Die Gesamtausgaben des Kreis- und Strategieausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der drei Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	48.79%	129.64%	-29.64%
2009	47.51%	127.40%	-27.41%
2010	44.31%	110.61%	-10.61%
2011	43.01%	113.09%	-13.09%
2012	47.58%	118.81%	-18.81%
2013	41.59%	121.58%	-21.58%
2014	38.59%	104.39%	-4.39%
2015	40.28%		

Die Mittelausschöpfung liegt über dem Vorjahr. Der Planansatz wurde nur leicht erhöht. Das Budget sollte sich nun stabilisieren nach dem die Probleme mit der Kreisklinik gelöst werden konnten. Im Bereich der Energiewende (Energieagentur gGmbH) wird es steigende Bedarfe geben. Wegen der „Personalkostenlastigkeit“ dieses Budgets wird auch hier ein Mehrbedarf entstehen. Ob der Planansatz 2015 ausreichen wird kann noch nicht endgültig beurteilt werden, weil die Analyse des Zwischenberichts noch aussteht. Dies wird erst bis zur Sitzung des KSA am 13.07.2015 erfolgen können.

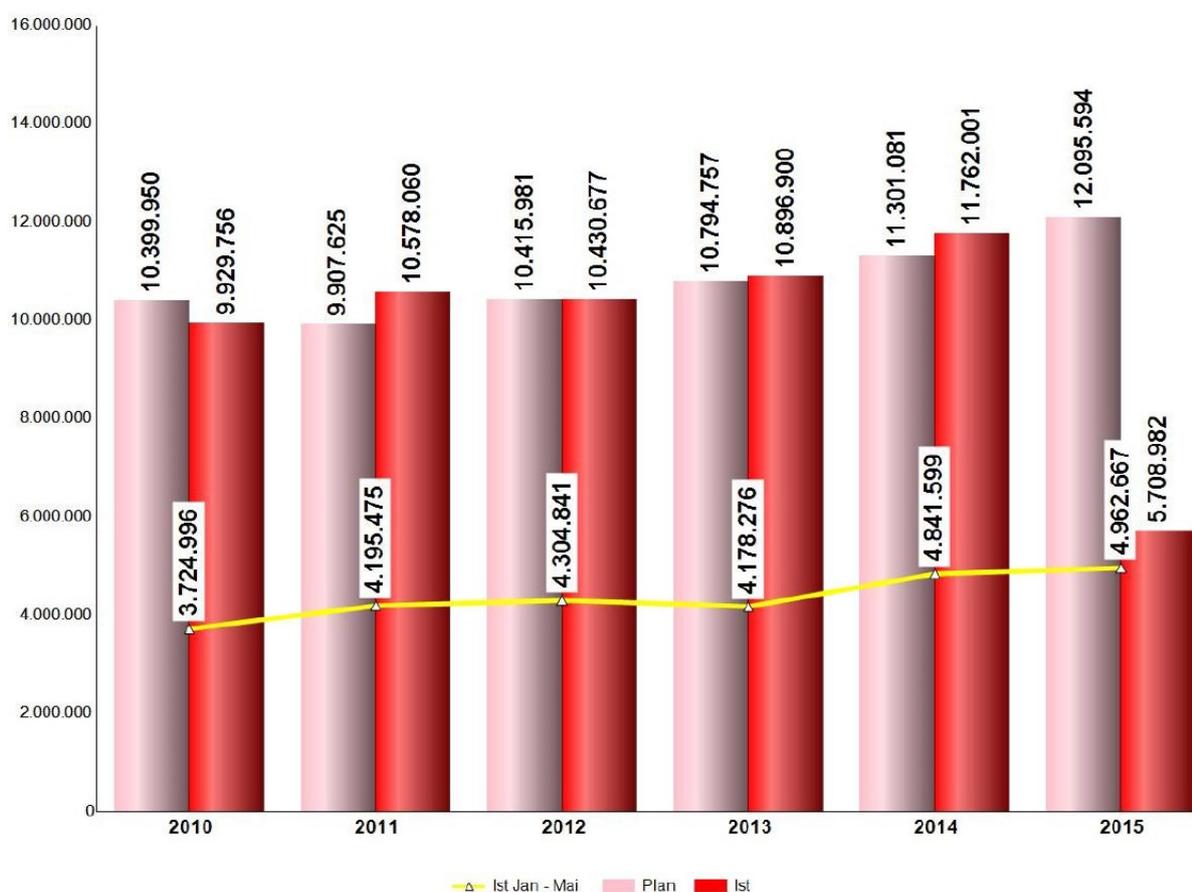
Zusammenfassend wird eine maßvolle Erhöhung des Teilbudgets um 176.781 € bzw. 2,6 % gegenüber der Planung 2015 vorgeschlagen.

Zusammenfassung Teilbudget Kreis- und Strategieausschusses:

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling	Abweichung zum Plan 2015
KSA	6.823.219	Alle Bereiche gehen von einem leichtem Anstieg wg. Personalkosten aus, steigende Bedarfe im Bereich Energiewende, genaue Analyse liegt noch nicht vor	7.000.000	+ 176.781

9. Eckwert Jugendhilfeausschuss (JHA)

Die Gesamtausgaben des Jugendhilfeausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	42.77%	104.20%	-4.20%
2009	37.12%	97.74%	2.26%
2010	35.82%	95.48%	4.52%
2011	42.35%	106.77%	-6.77%
2012	41.33%	100.14%	-0.14%
2013	38.71%	100.95%	-0.95%
2014	42.84%	104.08%	-4.08%
2015	41.03%		

Die Entwicklungen dieses Budgets wurde dem Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 25.06.2015 vorgestellt. Mit einer Überschreitung des Teilbudgets in Höhe von 200.000 € ist 2015 zu rechnen. Der Eckwert ist um 600.000 € anzuheben. Ursächlich sind steigende Produktkosten (+ 200.000 €), steigende Personalkosten (+ 300.000 €), Ausbau der Sozialarbeit an Schulen sowie Handlungsfelder aus der Bildungsregion (+ 100.000 €).

Das Finanzmanagement wies im Jugendhilfeausschuss darauf hin, dass diese Entwicklung als besorgniserregend einzustufen ist, noch dazu, weil wegen der Rahmenbedingungen ein weiteres Ansteigen der Jugendhilfeausgaben als sicher angenommen werden muss.

Resümee: Die vom Gesetzgeber definierten Rahmenbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe führen dazu, dass ein immer höherer Anteil des Kreishaushalts für dieses Teilbudget bereitgestellt werden muss.

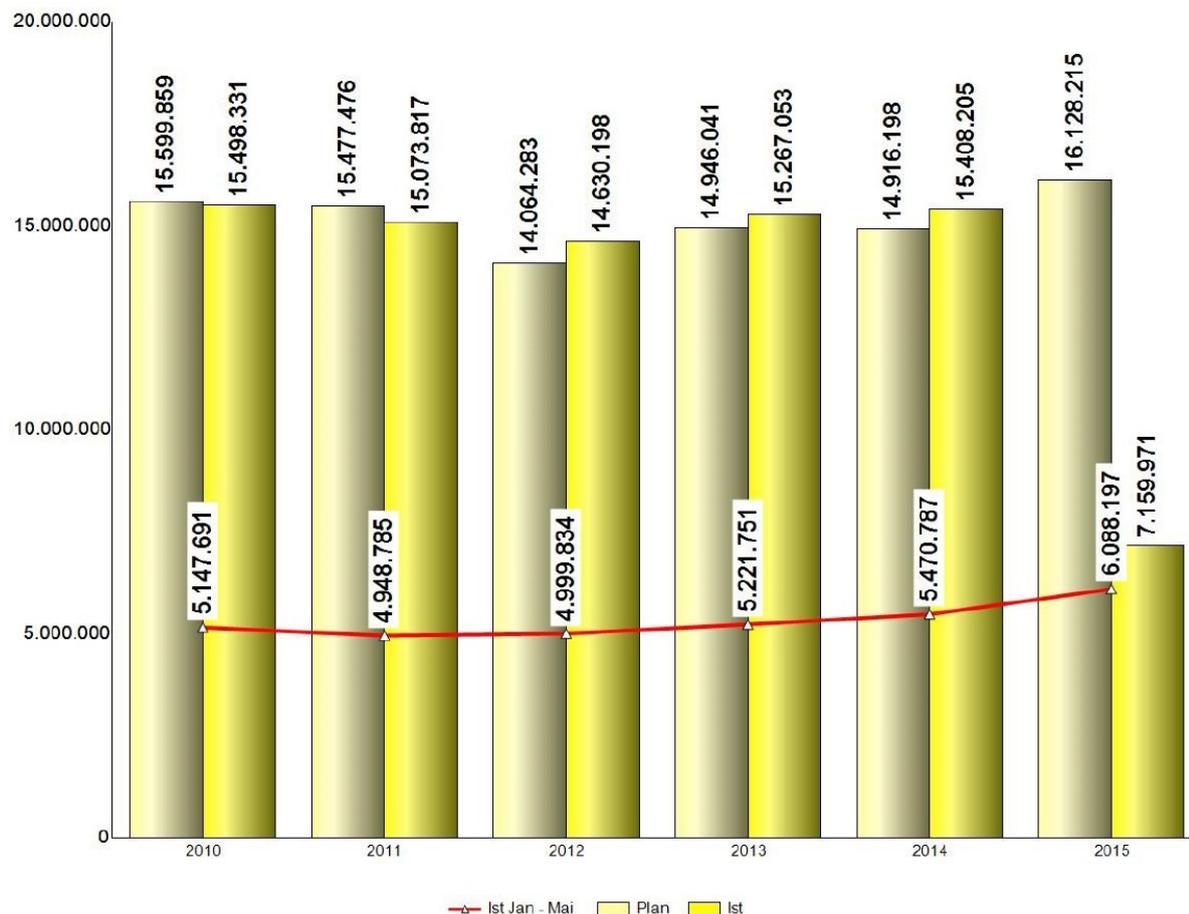
Weil 2015 mit einem Überschreiten des Planansatzes um 200.000 € zu rechnen ist, wird vorgeschlagen den Eckwert um 600.000 € gegenüber der Planung 2015 anzuheben, das sind 5 % (im Vorjahr betrug die Steigerung 7,95 %).

Zusammenfassung Teilbudget Jugendhilfeausschuss:

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Jugendamt 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
JHA	12.095.594	12.700.000	12.700.000	+ 604.406

10. Eckwert SFB-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des SFB-Ausschusses (Fachbereiche 040 und Schulen 045) stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der drei Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	29.54%	90.03%	9.98%
2009	30.55%	103.11%	-3.11%
2010	33.00%	99.35%	0.65%
2011	31.97%	97.39%	2.61%
2012	35.55%	104.02%	-4.02%
2013	34.94%	102.15%	-2.15%
2014	36.68%	103.30%	-3.30%
2015	37.75%		

Die Mittelausschöpfung im Vergleich zum Plan liegt nur um 1,07 % über dem des Vorjahres. Der Ansatz wurde aber gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio € angehoben. Die Planerhaltung wird für möglich gehalten, weil derzeit fast 1 Mio € an Leistungen an Asylbewerber enthalten sind, die vom Freistaat Bayern bisher nicht erstattet wurden. Insofern ergibt sich derzeit ein etwas verfälschtes Bild.

Folgende Veränderungen sind im Teilbudget zu beobachten:

Die Personalkosten werden steigen. Vor allem im Bereich Asyl (im Stellenplan 2015 + 9 Stellen), aber auch im Ausländeramt. 2014 wurde die Kostenstelle 203 (Soziale Fachstellen) bei der Fachabteilung S Soziales eingerichtet. Dort wurden die Kostenträger 2020 (Gleichstellungsbeauftragte), 2030 (Familienbeauftragte), 2040 (Bildungsregion), 2050 (Sozial- und Jugendhilfeplanung), 2060 (Inklusion), 2070 (Ehrenamt), 2080 (Seniorenbeauftragte) und 2090 (Integrationsbeauftragte) eingerichtet. Teilweise waren die Stellen 2015 nicht besetzt bzw. wurden 2015 neu geschaffen. Die Personalkosten werden sich 2016 auf das Teilbudget auswirken.

Jobcenter Ebersberg (250):

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) steigt weiter. Der historische Tiefstand war im Dezember 2012 erreicht mit 997 BG's. 2015 wurden der Planung 1.150 Bedarfsgemeinschaften zugrunde gelegt.

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften



Die der Planung 2015 zugrunde gelegten 1.150 Bedarfsgemeinschaften (BG) werden um durchschnittlich 10 BG's übertroffen werden. Zudem gibt es deutliche Steigerungen bei den monatlichen Unterkunftskosten. 2015 werden die Mittel deshalb voraussichtlich um **53.000 €** nicht ausreichen.

Kosten der Unterkunft:

Der Landkreis Ebersberg wendete 2014 5,7 Mio € für Unterkunftskosten der Empfänger von Leistungen nach dem SGB II auf. Dies ist mit Abstand das teuerste Produkt im Kreishaushalt. Deshalb kommt der Beobachtung dieser Kosten eine zentrale Rolle zu.

Die Entwicklung der Mietkosten bereitet immer größere Sorgen. Tabellarisch entwickelten sich die Kosten der Unterkunft wie folgt:

	KDU pro BG	Veränd. zum Vorjahr in %
2006	343,95 €	
2007	350,21 €	1,8%
2008	359,43 €	2,6%
2009	370,35 €	3,0%
2010	375,55 €	1,4%
2011	393,74 €	4,8%
2012	397,86 €	1,0%
2013	419,89 €	5,5%
2014	430,01 €	2,4%
01-05/2015	424,60 €	-1,3%

Der Rückgang in den ersten 5 Monaten 2015 kann noch nicht plausibilisiert werden. Er könnte aber auf gesunkene Mietnebenkosten durch den milden Winter zurückzuführen sein. Die Senkung wird deshalb in der Prognose nicht auf das ganze Jahr hochgerechnet. Es bleibt bei der Annahme von 442,90 € / Monat.

2016 wird die Planzahl für die Bedarfsgemeinschaften neuerlich erhöht auf durchschnittlich 1.220 BG`s. Dies ist realistisch, birgt aber vor dem Hintergrund der anerkannten Asylbewerber, die künftig Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben werden, Risiken. Ausgehend von Kosten pro Bedarfsgemeinschaft in Höhe von 450 €/Monat ergibt sich für 2016 ein Bedarf, der **um 423.000 € über der Planung** liegt.

Eventuelle Auswirkungen in Hinblick auf die Anpassung der Mietpreisobergrenzen sind hierbei unberücksichtigt. Falls dies berücksichtigt werden soll, sollte der Eckwert nach Einschätzung des Finanzmanagements um weitere 500.000 € angehoben werden (entspricht 34 € pro Bedarfsgemeinschaft und ist eine grobe Schätzung).

Problematik der zugewiesenen Eingliederungsmittel für das Jobcenter:

Ebersberg ist unter allen Jobcentern Deutschlands stets eines mit dem niedrigsten Eingliederungsbudget. Die Auswirkungen sind seit 2014 spürbar, denn der Anstieg der Bedarfsgemeinschaften ist insbesondere auf fehlende Mittel für Eingliederungsmaßnahmen zurückzuführen. **2015 stehen nur noch 320.000 € für operative Maßnahmen zur Verfügung, vor 2 Jahren waren es noch über 1 Mio €.** Es ist schade, dass gerade dort wo Arbeit ist, die Mittel fehlen um Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Eine Veränderung des PDI ist von der Politik mehrfach aufgegriffen. Es ist zu hoffen, dass Verbesserungen eintreten zu Gunsten der Regionen in der Arbeit vorhanden ist.

Zusammenfassung: Das Jobcenter rechnet mit einem **Mehrbedarf von 423.000 €.**

Trotz der erheblichen Entlastung durch den Bund mit der Übernahme der Kosten für Grund-sicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit (IST 2014: 2,3 Mio €) steigen die Sozialleis-tungen deutlich.

Bereich Soziale Fachstellen:

2014 wurde die Kostenstelle 203 (Soziale Fachstellen) bei der Fachabteilung 2 Soziales ein-gerichtet. Dort wurden die Kostenträger 2020 (Gleichstellungsbeauftragte), 2030 (Familien-beauftragte), 2040 (Bildungsregion), 2050 (Sozial- und Jugendhilfeplanung), 2060 (Inklusi-on), 2070 (Ehrenamt), 2080 (Seniorenbeauftragte) und 2090 (Integrationsbeauftragte) einge-richtet. Nach dem die Personalaufwendungen größtenteils bereits 2015 im Haushalt berück-sichtigt wurden, wird hier von keinen signifikanten Mehrkosten ausgegangen.

Bereich Asyl:

Die Kosten werden im Kreishaushalt seit 2015 auf einer eigenen Kostenstelle transparent gemacht. Aktuell (Stand: 23.6.2015) bestehen im Kreishaushalt 1,2 Mio € Forderungen ge-genüber dem Freistaat Bayern, die noch nicht erstattet wurden. In welcher Höhe tatsächlich Aufwendungen beim Landkreis „hängen bleiben“, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Sicherlich werden es aber im Bereich der Personalkosten mehrere 100.000 € sein. Auch im Ausländeramt werden die Personalkosten wegen dieser Thematik steigen. Ein Mehrbedarf gegenüber der Planung in Höhe von 300.000 € ist anzunehmen.

Bereich Bundesteilhabegesetz:

2015 werden die Kommunen vom Bund mit 1 Mrd. € entlastet. Im Landkreis Ebersberg be-deutet das nach den aktuellen Berechnungen, dass der Landkreis mit 188.870 € (+ 3,7 % bei der KdU) beim Jobcenter entlastet wird (was zu einer Abmilderung der Kostensteigerung führt, nicht zu einer Einsparung). Die Gemeinden werden durch die Erhöhung des Gemein-deanteils an der Umsatzsteuer um 462.717 € entlastet. Der Bezirk, der die Aufwendungen der Eingliederungshilfe in vollem Umfang trägt, wird nicht entlastet. In der Folge werden dort die Kosten steigen. Dieser Mehrbedarf wird von den Landkreisen über die Bezirksumlage zu finanzieren sein. Bei Beibehaltung dieser „Entlastungsstruktur“ müssen die Gemeinden diese Entlastung über höhere Kreisumlagen an den Landkreis abführen und dieser wiederum an den Bezirk über höhere Bezirksumlagen. Falls sich diese Finanzierungsstrukturen in den Folgejahren ab 2016 nicht zu Gunsten der Bezirke in Bayern ändern, sind Erhöhungen der Bezirksumlage vorprogrammiert!

Bereich Bildung und Teilhabe:

Zum Bereich **Bildung und Teilhabe** wurde vom zentralen Controlling eine Analyse der Auf-wandsstruktur vorgenommen. Von 2013 auf 2014 haben sich die Leistungskosten von 150.000 € auf 155.000 € erhöht. Die Personalkosten sind von 99.000 € auf 110.000 € ge-stiegen. Das heißt der Personaleinsatz hat sich im Verhältnis zu den Leistungskosten weiter erhöht. Hier besteht dringend politischer Handlungsbedarf – ist es wirklich gerechtfertigt, für so wenig Leistung so hohe Personalaufwendungen einzusetzen?

Bereich Gastschulbeiträge:

Wie immer stellen die **Gastschulbeiträge** ein Risiko sowohl des Eckwertes als auch der Haushaltsplanung dar. Dies ist immer dann der Fall, wenn die Landeshauptstadt München

eine Revision in diesem Bereich durchführt. Damit muss nach den Erfahrungen der Vergangenheit 2015 / 2016 gerechnet werden. Durch die Erhöhung der Gastschulbeiträge im Bereich der Meisterschulen ist ein Mehraufwand von rund 55.000 € zu kalkulieren, die übrigen Risiken können derzeit nicht beziffert werden.

Weil 2015 das Teilbudget nach derzeitiger Entwicklung (falls die Asylerrstattungen periodengerecht erfolgen) einigermaßen zu halten sein wird, sind für 2016 folgende Veränderungen im Eckwert zu berücksichtigen:

- Mehrbedarf Jobcenter 423.000 € (bzw. 923.000 € falls Veränderungen bei den Mietpreisobergrenzen einkalkuliert werden sollen)
- Mehrbedarf Gastschüler 55.000 € (ohne Abrechnungsproblematik)
- Mehrbedarf Asyl 300.000 € (vom Freistaat Bayern nicht erstattete Personalkosten im Bereich Sozialamt und Ausländeramt)
- Umlagenmehrbedarf Zweckverband wird sich nach derzeitigem Stand nicht in signifikantem Umfang ergeben, die Baumaßnahme wird sich in den Investitionen zeigen.
- Steigerungen bei den Schulen wird es geben, sie werden sich aber nicht signifikant auf den Eckwert auswirken.

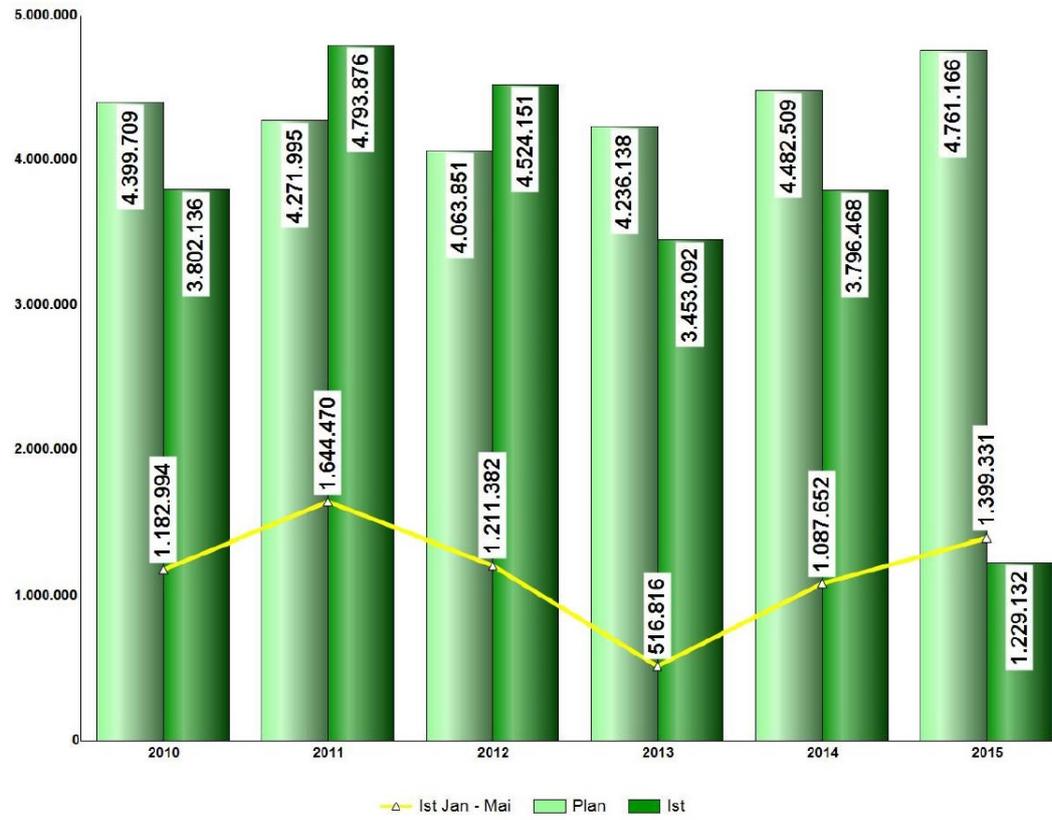
Der Eckwert des SFB-Ausschusses wird mit **16.900.000 €** vorgeschlagen.

Zusammenfassung Teilbudget SFB-Ausschuss:

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement /Controlling 2016	Abweichung zum Planansatz 2015
SFB	16.128.215	16.900.000 zuzüglich allg. kleinere Steigerungen sowie Personalkostensteigerungen aus allen Fachbereichen	16.900.000	+ 771.785 €

11. Eckwert ULV-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des ULV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung der vier Vergleichsjahre führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	19.69%	92.59%	7.41%
2009	29.04%	84.11%	15.89%
2010	26.89%	86.42%	13.58%
2011	38.49%	112.22%	-12.22%
2012	29.81%	111.33%	-11.33%
2013	12.20%	81.52%	18.49%
2014	24.26%	84.70%	15.30%
2015	29.39%		

Der Ausschöpfungsgrad ist derzeit zwar höher als im letzten Jahr, er ist aber nicht besorgniserregend. Die Schwankungen in diesem Teilbudget sind oft erheblich.

Folgende Veränderungen sind im Teilbudget zu beobachten:

Der **ÖPNV** und die **Schülerbeförderung** sind abhängig von den Entscheidungen des ULV-Ausschusses zur Fahrplangestaltung im nächsten Jahr. Diese Diskussionen finden am

23.07.2015 statt. Im Bereich des ÖPNV zeichnet sich ein **Mehrbedarf von 70.000 €** ab. Die Schülerbeförderung kann nach derzeitiger Kenntnislage stabil gehalten werden.

Im Bereich der Kreisstraßen wird es 2016 zu einer Steigerung kommen (können), denn die Umsetzung der Straßenzustandserfassung wird zu Erhöhungen der Straßenunterhaltungsaufwendungen führen. Ob diese in der Ergebnisrechnung verbucht werden müssen oder investiv dargestellt werden können, kann derzeit nicht beurteilt werden. Es wird vorsorglich ein **Mehrbedarf in Höhe von 70.000 €** angenommen (gemäß Vorschlag des Sachgebiets).

Zusammenfassend wird vorgeschlagen, den Eckwert um gut 100.000 € gegenüber der Planung 2015 anzuheben, das sind 2,9 %.

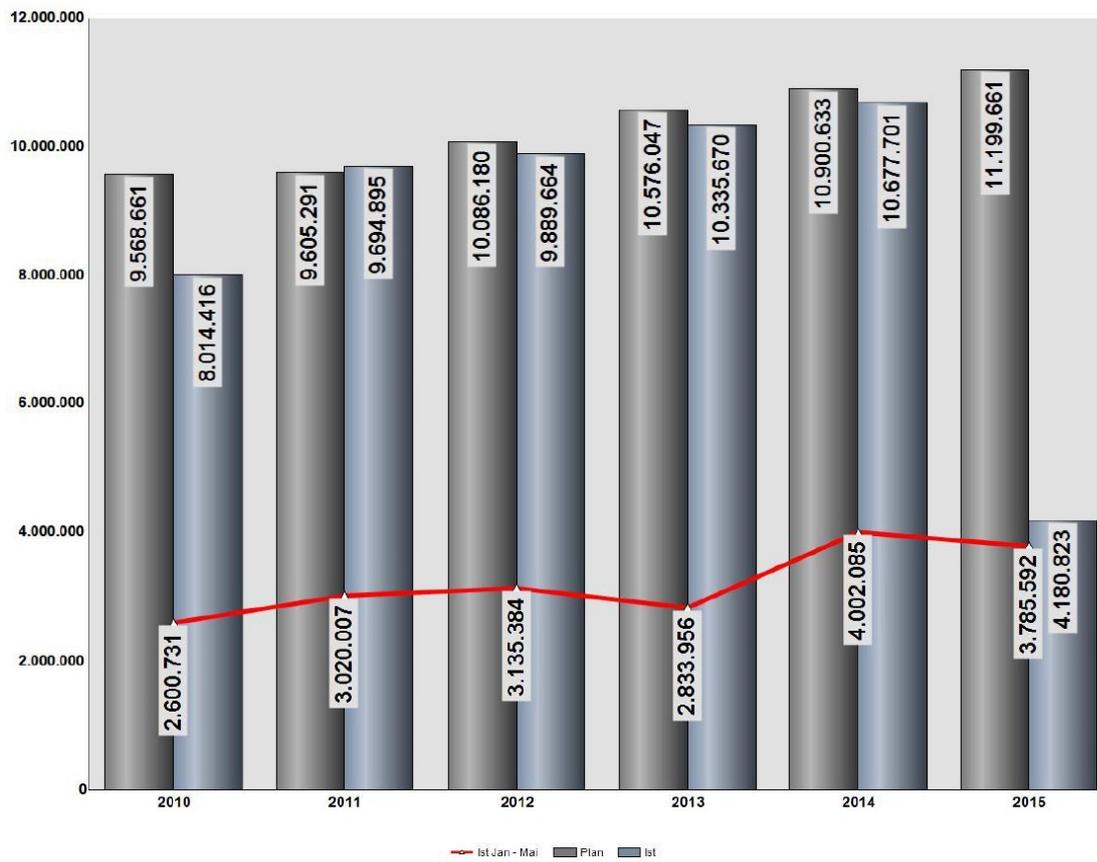
Der Eckwert des ULV-Ausschusses wird vom Finanzmanagement mit **4.900.000 €** vorgeschlagen.

Zusammenfassung Teilbudget ULV:

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiete 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement/ Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
ULV	4.761.166	5.000.000 (dargestellt Erhöhungen zuzüglich pauschal beantragte Erhöhungen)	4.900.000	+ 138.834

12. Eckwert LSV-Ausschuss

Die Gesamtausgaben des LSV-Ausschusses stellen sich wie folgt dar:



Die lineare Betrachtung führt zu folgendem Ergebnis:

	% 31.05.	Ist / Plan %	Planerfüllung in %
2008	25.37%	92.57%	7.43%
2009	21.40%	103.13%	-3.13%
2010	27.18%	83.76%	16.24%
2011	31.44%	100.93%	-0.93%
2012	31.09%	98.05%	1.95%
2013	26.80%	97.73%	2.27%
2014	36.71%	97.95%	2.05%
2015	33.80%		

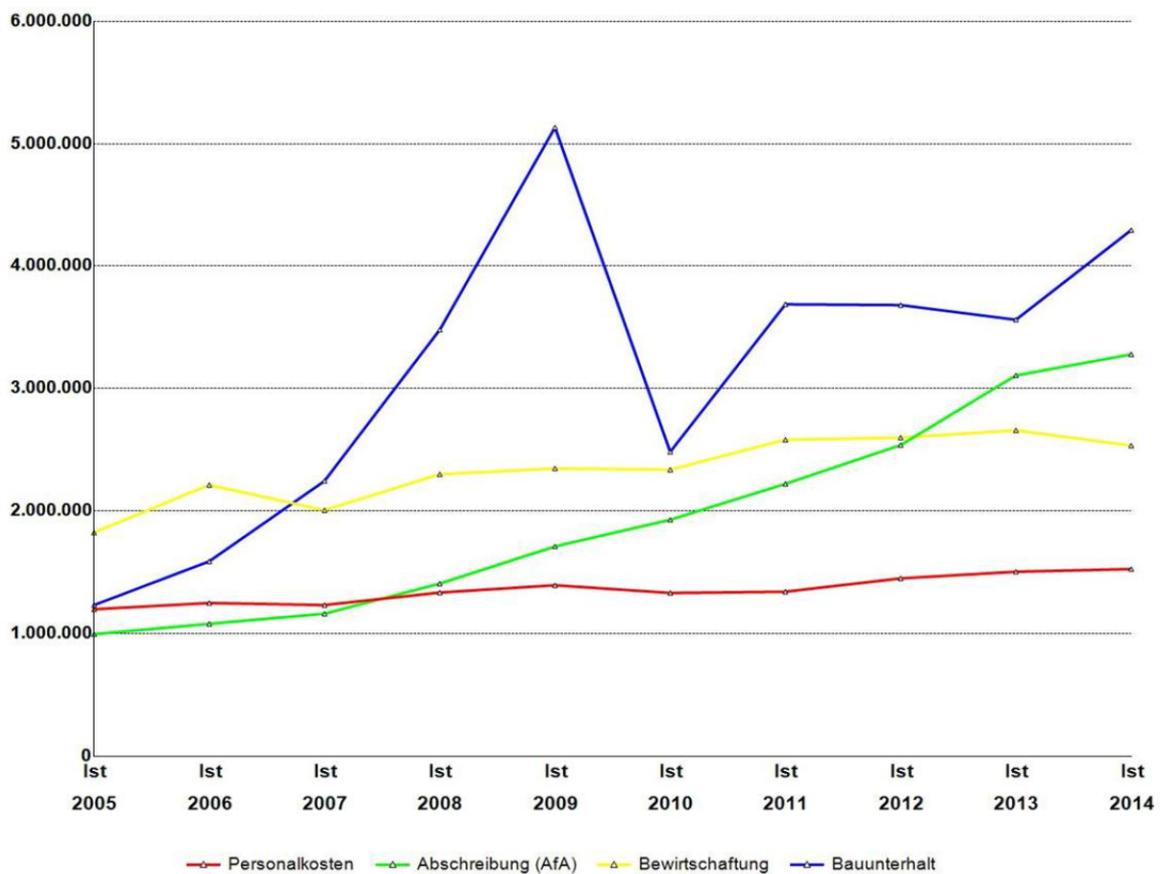
Das Liegenschaftsamt geht davon aus, dass die Planmittel 2015 ausgeschöpft werden. Es liegen derzeit keine Erkenntnisse für größere Abweichungen vor.

Brand- und Katastrophenschutz (331):

Die Kosten für die integrierte Leitstelle müssen angehoben werden. **Sie steigen bereits 2015 um 100.000 €.**

Liegenschaftsamt (941 bis 999):

Die nachfolgende Grafik zeigt die großen Aufwandsarten im Überblick:



	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
	Ist	Plan	Ist								
Personalkosten	1.197.406	1.247.879	1.231.585	1.333.461	1.392.993	1.330.433	1.340.370	1.448.899	1.502.766	1.523.640	1.525.315
Abschreibung (AfA)	993.463	1.078.584	1.160.720	1.406.080	1.709.334	1.926.985	2.219.882	2.535.885	3.105.371	3.151.318	3.277.931
Bewirtschaftung	1.822.523	2.211.276	2.004.996	2.297.804	2.345.554	2.335.267	2.579.933	2.597.338	2.656.868	2.610.359	2.532.361
Bauunterhalt	1.231.068	1.588.142	2.243.316	3.478.502	5.132.435	2.481.213	3.687.107	3.680.719	3.560.683	4.158.226	4.293.566

Alle Positionen haben eine steigende Tendenz mit Ausnahme der Bewirtschaftungskosten, die sich gegenüber dem Vorjahr rückläufig zeigten, was möglicherweise am milden Winter sowie die deutlich nachlassenden Energiekosten lag.

Die Abschreibungen erhöhen sich abgeflacht weiter, weil die Investitionstätigkeit insgesamt auf nicht mehr so hohem Niveau stattfindet wie in den Jahren 2012 und 2013.

Im Bereich Brand- und Katastrophenschutz, Abschreibung und Personalkosten wird mit einem höheren Bedarf von rund **250.000 €** gerechnet. Die Bewirtschaftungskosten werden nicht deutlich steigen und können vernachlässigt werden. Durch Eigenverbrauch könnten die Energiekosten sogar weiter sinken. Durch die Neukalkulation der Nutzungskosten für den Breitensport werden die Erträge um rund 133.000 € sinken. Die Anmietung von Räumen wird zu Mehrkosten führen (100.000 €). An größeren Maßnahmen, die im Bereich des Bauunterhalts anstehen, nennt das Liegenschaftsamt:

- Ertüchtigung der Dr.-Wintrich-Halle (Akustik) mit 215.000 €

- Sanierungspläne für den Altbau am Gymnasium Grafing und am Altbau der Realschule Ebersberg mit 190.000 €
- Umsetzung der Trinkwasserverordnung (Trennung von Löschwasser und Trinkwasser) an zwei Schulen mit 723.000 €.

Aus der Sicht der Liegenschaftsverwaltung soll der Eckwert auf 12.400.000 € angehoben werden. **Das würde eine Erhöhung gegenüber der Planung 2015 um 1,2 Mio € bedeuten.**

Das Finanzmanagement hält diese Anforderung für zu hoch angesichts der Mehrbedarfe der anderen Teilbudgets. Eine detaillierte Planung wird erst zur Haushaltsplanung im Herbst erarbeitet – schlimmstenfalls können im Bauunterhalt weniger Maßnahmen durchgeführt werden oder der Ausschuss entscheidet sich über den Eckwert hinaus zu planen.

Die heute schon sichtbaren Mehraufwendungen in Höhe von 483.000 € sollten aus der Sicht des Finanzmanagements im Eckwert berücksichtigt werden.

Der Eckwert des LSV-Ausschusses wird vom Finanzmanagement mit **11.700.000 €** vorgeschlagen, das ist eine Anhebung um 4,4 %. Die Steigerung liegt damit über der des Vorjahres (+ 2,7 %).

Zusammenfassung Teilbudget LSV:

	Plan 2015	Eckwertevorschlag Sachgebiet 2016	Eckwertevorschlag Finanzmanagement /Controlling 2016	Abweichung zum Plan 2015
LSV	11.199.661	12.400.000	11.700.000	+ 500.339

Zusammenfassung und Auswirkungen auf den Haushalt:

In der Zusammenfassung ergeben sich folgende Eckwertevorschläge für die Fachausschüsse:

	Plan 2015	Eckwerte 2015	Eckwertevorschlag 2016	Steigerung % zum Plan 15
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	6.650.000	7.000.000	+ 2,6 %
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.200.000	12.700.000	+ 5,0 %
SFB-Ausschuss	16.128.215	15.200.000	16.900.000	+ 4,8 %
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.700.000	4.900.000	+ 2,9 %
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.200.000	11.700.000	+ 4,5 %
Summe	51.016.855	49.950.000	53.200.000	+ 4,3 %

Damit würden sich die Eckwerte gegenüber dem Vorjahr um 3,25 Mio € (6,5 %) erhöhen und gegenüber der Planung 2015 um 2.183.145 € (+ 4,3 %). Die höchsten Steigerungen weisen die beiden Sozialausschüsse auf. Es ist zu erwarten, dass im Jahr 2016 die Steuerungsmöglichkeiten des Landkreises durch steigende Sozialausgaben weiter eingeschränkt werden. Auch die Steigerung der Personalkosten in Höhe von 860.000 € wirkt sich signifikant auf die Teilbudgets aus.

Sollte es gelingen die Eckwerte in der Planung umzusetzen, würde dies die Steuerungsmöglichkeiten des Kreishaushalts insgesamt **stärken**. Dies deshalb, weil aus dem Umlagekraftzuwachs bei gleichbleibender Kreisumlage ein Plus von größer 3 Mio € erwartet wird, die Eckwerte gegenüber der Haushaltsplanung 2015 „nur“ um 2,2 Mio € erhöht werden.

Eine Erhöhung der Kreisumlage ist nicht zu befürchten, falls die „großen Rahmenbedingungen“, wie insbesondere die Bezirksumlage aber auch die Schlüsselzuweisungen im kalkulierten Bereich bleiben. Der in der Finanzplanung abgebildete Ergebnisüberschuss von knapp 6,7 Mio € kann ebenfalls dargestellt werden.

Kreis- und Strategieausschuss am 14.7.2015:

Der KSA diskutierte ausführlich über die Entwicklung bei den Personalkosten. Die Stellenmehrungen in den letzten beiden Jahren resultieren fast ausschließlich durch die steigenden Asylbewerberzahlen. Vor allem die Auswirkungen im Bereich Asyl werden aber auch weiterhin zu Stellenmehrungen im Sozial- und Jugendamt führen. Die Frage, ob in den Teilbudgets auch Risikoansätze enthalten seine, wurde verneint. Das Risiko, das z.B. mit einer künftigen Anhebung der Mietpreisobergrenzen verbunden ist, ist in den Eckwerten nicht berücksichtigt. Bei nur 37 € Mehrkosten pro Bedarfsgemeinschaft würde dies aber bereits eine halbe Million Euro ausmachen. Es wurde auch darüber diskutiert, dass die Anforderungen der Politik, insbesondere mit den Leitlinien Bau (Umsetzung von Inklusion und Energiewende) dort zu hohen Mehrkosten führen. Auch die Umsetzung der Bildungsregion koste zusätzlich Geld, das neu veranschlagt werden muss. Bei den Diskussionen waren auch die Leitungen des Jugend- und Liegenschaftsamtes anwesend, ebenso die stellvertretende und künftige Leiterin des Personalservice sowie die zuständigen Abteilungsleitungen.

Die Steigerung über alle Eckwerte in Höhe von 4,3 % wurde als zu hoch empfunden. Die CSU-FDP-Fraktion stellte den Antrag, die Steigerung auf 2,5 % zu begrenzen. Dies solle nicht jeweils mit Rasenmäher für alle Teilbudgets gelten, sondern für die Summe der Teilbudgets.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste bei 2 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Für die Haushaltsberatungen 2016 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	<i>Plan 2015</i>	<i>Eckwert 2016</i>
<i>Kreis- und Strategieausschuss (KSA)</i>	6.823.219	7.000.000
<i>Jugendhilfeausschuss</i>	12.095.594	12.700.000
<i>SFB-Ausschuss</i>	16.128.215	16.900.000
<i>ULV-Ausschuss</i>	4.761.166	4.900.000
<i>LSV-Ausschuss</i>	11.199.661	11.700.000
<i>Summe</i>	51.016.855	53.200.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 53.200.000 €. In der Summe steigt die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2015 um 2.183.145 € (+ 4,3 %).

Die Steigerung zur Planung des Vorjahres (Summe aller Teilbudgets) soll auf max. 2,5% begrenzt werden.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2016 diese Eckwerte einzuhalten.

II. Beschlussvorschlag:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Für die Haushaltsberatungen 2016 werden den Fachausschüssen folgende Eckwerte vorgegeben:

	Plan 2015	Eckwert 2016
Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.823.219	7.000.000
Jugendhilfeausschuss	12.095.594	12.700.000
SFB-Ausschuss	16.128.215	16.900.000
ULV-Ausschuss	4.761.166	4.900.000
LSV-Ausschuss	11.199.661	11.700.000
Summe	51.016.855	53.200.000

Die Summe der Eckwerte für die Fachausschüsse beträgt 53.200.000 €. In der Summe steigt die zur Verfügung gestellte Finanzmasse gegenüber der Planung 2015 um 2.183.145 € (+ 4,3 %).

Die Steigerung zur Planung des Vorjahres (Summe aller Teilbudgets) soll auf max. 2,5% begrenzt werden.

Die Fachausschüsse werden aufgefordert bei der Haushaltsplanung 2016 diese Eckwerte einzuhalten.

gez.

Robert Niedergesäß
Landrat

gez.

Brigitte Keller
Abteilungsleiterin Finanzen,
Wirtschaft, Büro Landrat